

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nichtöffentlichen Sitzung des Sozial-, Gesundheits-
und Gleichstellungsausschusses am 15.11.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal
Marktplatz 2
06100 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:10 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE.	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE.	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Norwin Dorn	SKE	
Herr Dr. Peter Piechotta	DPWV	
Herr Denis Häder	WIR. FÜR HALLE.	
Frau Dr. Regine Stark	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Manfred Czock	SKE	
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE	
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE	
Frau Annerose Runde	SKE	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Hans-Günter Schneller	Verw	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	vertreten durch Herrn Steffen Heinritz
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Frau Monika Nendel	ZGM	

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Anja Hunger	SKE
Frau Katja Pähle	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE
Frau Dorit Schmidt	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw

Gäste

Frau Martina Grummisch	ARGE SGB II Halle GmbH
Frau Grey	ARGE SGB II Halle GmbH
Herr Lork	BMA
Frau Leps	Hörgeschädigtenzentrum, 1. Vorsitzende und Leiterin der LandesArbeitsgemeinschaft der Gebärdensprachdolmetscherinnen
Frau Traut	Hörgeschädigtenzentrum
Herr Hauf	Hörgeschädigtenzentrum, Leiter des Stadtverbandes der Hörbehinderten

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.10.2007
4. Vorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen
- 9.1. Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II sowie Information zur Widerspruchsbearbeitung und zu Klageverfahren - Berichterstattung: Frau Grummisch, Bereichsleiterin der ARGE SGB II Halle GmbH und Frau Grey, Teamleiterin Widerspruch
- 9.2. Bericht zum Sachstand Gehörlosenzentrum - Berichterstattung: Herr Dr. Fischer

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Dr. Marquardt weist darauf hin, dass unter Punkt 9 die Verwaltung mündlich zur Ausschreibung der Wohnsozialisierungshilfe und zur Beratungstätigkeit der Schuldnerberatungsstellen informieren wird.

In der Januarsitzung wird die Verwaltung über die Änderungen der KdU-Richtlinie mündlich berichten.

Die Tagesordnung wird mit diesem Zusatz genehmigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.10.2007

Die Niederschrift vom 18.10.2007 wird mit dem Zusatz, dass Herr Norwin Dorn entschuldigt gefehlt hat, genehmigt.

zu 4 Vorlagen

keine

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

keine

zu 6 Anfragen von Stadträten und sachkundigen Einwohnern

Der Ausschussvorsitzenden liegen Anfragen von Frau Tomczik-Radji vor, die sie gebeten hat, diese in der heutigen Sitzung in ihrer Abwesenheit anzusprechen.

Frau Tomczik-Radji möchte folgende Informationen:

- Zum Projekt Neue Residenz.
Die Ausschussvorsitzende verweist auf das Protokoll vom letzten Ausschuss, an dem Frau Tomczik-Radji nicht teilgenommen hat.
- Zur Entwicklung des Gesunde-Städte-Projektes:
Die Ausschussvorsitzende macht den Vorschlag, dies im Januar/Februar mit in die Tagesordnung aufzunehmen, wenn über die Arbeit der Selbsthilfekontaktstelle im Ausschuss berichtet wird.
- Zur Rattenbekämpfung und zur gesundheitlichen Situation:
. Die Ausschussvorsitzende bittet Frau Tomczik-Radji, sich mit Herrn Dr. Wilhelms persönlich zu diesem Punkt zu verständigen.

Herr Dr. Yousif fragt nach dem Jugendclub Gimritzer Damm. Herr Dr. Marquardt informiert über Gespräche mit der Oberbürgermeisterin und den Jugendlichen. Es werden gemeinsame Lösungen gefunden. Die Ausschussvorsitzende berichtet aus dem Jugendhilfeausschuss, dass von einer Schließung z. Z. nicht die Rede ist.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

keine

zu 8 Anregungen

An dieser Stelle spricht die Ausschussvorsitzende noch einmal die schon bekannten Sitzungstermine für 2008 an. Probleme kann es im Dezember geben, da hier mehrere Ausschüsse gleichzeitig tagen. Dieser Termin wird aber nur im Bedarfsfall zur Rede stehen.

zu 9 Mitteilungen

Information zur Ausschreibung Wohnsozialisierungshilfe

Herr Schneller erläutert, dass dieser Dienst bei den freien Trägern angesiedelt wurde zur Betreuung der von Obdachlosigkeit bedrohten Familien. Der Einsatz der Betreuung erfolgt durch das Sozialamt und ist auf 6 bis 12 Monate befristet. Die Familien sollen so wieder lebensfähig sein, um nicht in das Obdachlosenheim zu müssen.

Die Inanspruchnahme der freien Träger war vertraglich geregelt. Diese Verträge wurden im Frühsommer fristgerecht gekündigt und anschließend neu verhandelt. Hauptursache für die Kündigung war die Tatsache, dass der bisherige Vertrag ausschließlich auf Familien mit Kindern ausgerichtet war. Zukünftig sollen aber auch Einzelpersonen und Lebensgemeinschaften ohne Kinder im Bedarfsfall einbezogen werden. Darüber hinaus konnte der Fachbereich 50 infolge Umstrukturierungen die Betreuungsmaßnahmen mit eigenem Personal ausdehnen, so dass im Ergebnis bei den freien Trägern zukünftig zwei Planstellen entfallen können, ohne dass dadurch die Betreuungskapazität insgesamt sinkt.

Die Anzahl der in Anspruch genommenen Träger sollte ursprünglich auf einen oder zwei verringert werden, um eine Zersplitterung auf zu geringwertige Teilzeitstellen zu vermeiden. Unter Hinweis auf die Trägervielfalt und das bei den Trägern vorhandene Wissen haben die drei bisherigen Träger (DPWV, Caritas und Evangelische Stadtmission) eine Bietergemeinschaft gebildet und gleichzeitig zugesichert, dass jeder Mitarbeiter der Wosohi mit einer Mindestarbeitszeit von 25 Wochenstunden (0,6 VZS) eingesetzt wird.

Information zur Beratungstätigkeit der Schuldnerberatungsstellen

Frau Winter informiert, dass das Statistische Bundesamt Anfang 2008 eine Erhebung der Daten aus 2006 aller gemeldeten Schuldnerberatungsstellen bundesweit macht. Von 933 Beratungsstellen nehmen 264 an der Datenerhebung teil. Die vier Beratungsstellen in Halle nehmen an der Erhebung nicht teil. Grundlage dafür wäre eine Software, die nicht vorhanden ist.

Wenn die Auswertung der Daten von 2006 vorliegt, können diese mit verfügbaren Daten der Stadt Halle verglichen werden, auch ein Landesvergleich ist möglich.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Schuldenhöhe. Frau Winter antwortet, dass die durchschnittliche Verschuldung aller beratenen Personen bei 37.000 Euro liegt (lt. vorläufiger Datenauswertung von 124 Beratungsstellen).

Psychiatrisches Krankenhaus

Die Ausschussvorsitzende berichtet vom heutigen Krankenhausausschuss im Psychiatrischen Krankenhaus und informierte in diesem Zusammenhang über einen Antrag der CDU-Fraktion zum Verkauf des Psychiatrischen Krankenhauses. Dieser beinhaltet die Aussage, dass die juristische und die wirtschaftliche Selbständigkeit des Krankenhauses beim Verkauf nicht zwingend notwendig seien. Diese Änderung wurde im Finanzausschuss beschlossen, im Hauptausschuss nicht. Dies möchte die Ausschussvorsitzende als Information an den Ausschuss geben.

Die Ausschussvorsitzende begrüßt in diesem Zusammenhang Herrn Lork (BMA). Herr Lork ergänzt die Ausführung der Ausschussvorsitzenden. Zur Verfahrensweise erklärt er, dass der Vorsitzende des Finanzausschusses diese Beschlussänderung mitteilen wird.

Herr Dr. Heinrich argumentiert anschließend zu fachlichen Problemen, die diesem Beschluss inhaltlich widersprechen.

Termin SGGGA 29.11.07

Die Ausschussvorsitzende teilt mit, dass für den 29.11.07 keine Themen vorliegen und deshalb dieser Termin ausfällt.

zu 9.1 Aktueller Sachstand zur Umsetzung des SGB II sowie Information zur Widerspruchsbearbeitung und zu Klageverfahren - Berichterstattung: Frau Grummisch, Bereichsleiterin der ARGE SGB II Halle GmbH und Frau Grey, Teamleiterin Widerspruch

Die Ausschussvorsitzende begrüßt nochmals die beiden Vertreterinnen der ARGE und erteilt Frau Grummisch das Wort.

Frau Grummisch stellt sich und Frau Grey vor. Sie gibt eingangs bekannt, dass sie Ausführungen zum Widerspruchs- und Frau Grey zum Klagegeschehen in der ARGE machen wird und teilt in diesem Zusammenhang mit, dass derzeit 22.683 Bedarfsgemeinschaften betreut

Gelöscht: macht

Gelöscht: z. Z.

werden, dies entspricht 40.711 Personen. Davon sind 31.015 erwerbsfähige und 9.696 nicht erwerbsfähige Hilfeempfänger bzw. Sozialgeldempfänger. Die Betreuung und Sicherstellung des Lebensunterhaltes konzentriert sich im Wesentlichen auf 8 Leistungsteams und 8 Markt- und Integrationsteams. Die Zuordnung erfolgt weitestgehend nach PLZ, ausgenommen hiervon sind Personen unter 25 Jahren mit eigenem Hausstand/ eigener Bedarfsgemeinschaft (BG) und Reha-BG's.

- Gelöscht: das
- Gelöscht: Sozialhilfeempfänger. Sie werden von
- Gelöscht: mit PLZ-Zuordnung
- Gelöscht: betreut

Es gehen durchschnittlich 820 Widersprüche pro Monat ein.

Frau Grummisch informiert über die Hauptwiderspruchsgründe (z. B. Einkommensanrechnung, Leistungen für Unterkunft, und Heizung, Absenkung/ Wegfall ALG II usw.) und Maßnahmen der ARGE SGB II Halle GmbH zur Widerspruchssenkung und -vermeidung. Bis Oktober 2007 wurden Neuantragsteller im Rahmen der Erstberatung über Rechte und Pflichten informiert. Mitte Januar 2008 wird voraussichtlich ein Informationsbüro eröffnet. Durch Arbeitsgruppenbildung in den Leistungsteams ist eine individuellere Beratung der Hilfeempfänger möglich und Anhörungen können effektiver vorgenommen werden. Sie verweist auf die Internet-Seite der ARGE SGB II Halle GmbH, www.arge-halle.de, die zur Information der Bürger und Antragsteller eingerichtet wurde. Es finden regelmäßig Schulungen der Mitarbeiter statt, besonders zu rechtlichen Neuregelungen.

- Gelöscht: Es gibt 21 Widerspruchseingänge im Monat. ¶
- Gelöscht: Leistungsgewährung
- Gelöscht: deren Arten,
- Gelöscht: wurde eine Erstberatung installiert für
- Gelöscht: , hier wird
- Gelöscht: wird die
- Gelöscht: individueller sein.
- Gelöscht: Adresse
- Gelöscht: .
- Gelöscht: Leiterin
- Gelöscht: 117

Anschließend spricht Frau Grey, die Teamleiterin der Widerspruchsstelle der ARGE darüber, dass es 2007 monatlich durchschnittlich 113 neue Klagen gab und 35 anstehende Rechtschutzverfahren, die deshalb so problematisch sind, weil hier eine besondere Eilbedürftigkeit vorliegt. Sie erklärt, dass die Verfahrensdauer im Klageverfahren nicht zu beeinflussen ist. In ca. 55 % der Fälle gibt es eine einvernehmliche Lösung. Die Ursachen für die vielen Klagen liegen besonders im mangelnden Vertrauen in die Behörde und der Komplexität der Sachverhalte, die vielfach für den Kunden schwer nachzuvollziehen sind. Die breite Anteilnahme der Öffentlichkeit am SGB II führt vielfach dazu, dass sich die Betroffenen kritisch mit ihren Bescheiden auseinandersetzen. Medien, Vereine etc. fordern teilweise auf, Widerspruch und Klage zu erheben; es werden sogar vielfach die entsprechenden Vordrucke zur Verfügung gestellt und müssen vom Widerspruchsführer nur noch unterschrieben werden. Erschwerend kommt hinzu, dass in den Medien teilweise fehlerhafte Interpretationen von Gerichtsurteilen veröffentlicht werden.

- Gelöscht: . Die Bescheide können von unabhängigen Stellen für die Bürger überprüft werden. In

Die Ausschussvorsitzende bittet um Fragen an die Vertreter der ARGE.

Herr Grasse: Gibt es eine spezielle E-Mail Adresse, auf die man Widersprüche senden kann? Frau Grey erklärt, dass dies rechtlich nicht erlaubt sei. Widersprüche müssen schriftlich oder zur Niederschrift bei der Behörde eingereicht werden.

- Gelöscht: Grummisch

Herr Grasse fragt, wie viele Minijob-Gehaltsempfänger es gibt, Frau Grummisch kann dazu keine Aussage treffen, da dies nicht das heutige Thema betrifft.

- Gelöscht: ist

Herr Czock spricht verschiedene Probleme an, z. B. die lange Bearbeitungszeit, die nach seinen Informationen zwischen drei und vier Monaten beträgt, dass die Mitarbeiter der ARGE unfreundlich seien und die Hilfeempfänger nur verträsten. Frau Grummisch sagt, dass Unfreundlichkeit in aller Regel nicht akzeptiert werden kann, aber man müsste schon den konkreten Namen des entsprechenden Mitarbeiters haben, um mit diesem darüber reden zu können. Für eine außergewöhnlich lange Bearbeitungszeit gibt es in aller Regel Ursachen, wie z.B. unvollständige oder fehlende Angaben im Leistungsantrag sowie unvollständige Nachweisunterlagen. Zu Verzögerungen in der Antragsbearbeitung kann es auch kommen, wenn eine Vielzahl von Folgeanträgen unmittelbar (2 bis 3 Tage) vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes, welcher in der Regel 6 Monate dauert, abgegeben werden, obwohl die Abgabe innerhalb von 6 Wochen möglich wäre. Wenn der Weiterbewilligungsantrag zwar sehr spät, aber dennoch vollständig eingereicht wurde und wegen des beschriebenen „Antragstaus“ sich die Bearbeitung verzögert, so werden dennoch Abschlagszahlungen gewährt.

- Gelöscht: die
- Gelöscht: nicht
- Gelöscht: Ordnung sei
- Gelöscht: dazu
- Gelöscht: eine namentliche Nennung vorliegen
- Gelöscht: diesen Mitarbeitern
- Gelöscht: sprechen. Sie erklärt die Antragsstaus nach Ablauf der Bewilligungszeiträume, in der Regel 6 Monate. Wenn die Antragsbearbeitung zu
- Gelöscht: dauern sollte, dann werden

Herr Häder fragt, wie viele Mitarbeiter in der Widerspruchs- und Klagebearbeitung tätig sind. Wie lange dauert die Bearbeitung und wie hoch sind die Erfolgsquoten?

Frau Grey antwortet, dass die Widerspruchsstelle mit 2 Teamassistenten und 14 Mitarbeitern arbeitet. 65 % der Widersprüche werden in drei Monaten bearbeitet, bei längerer Bearbeitungsdauer fehlen häufig Unterlagen.

30 – 40 % der Widersprüche können abgeholfen werden, bei Klagen sind dies 50 – 55 %. Vielen Klagen wird auch per Vergleich nachgegeben, hier liegen jedoch nicht unbedingt Fehler der ARGE vor. Von Januar bis Oktober 2007 gab es 50 Urteile und Beschlüsse des Sozialgerichtes, zugunsten der ARGE.

Die Bearbeitung pro Mitarbeiter und Monat kann so nicht angegeben werden.

Gelöscht:

Gelöscht: von Gerichten

Herr Dr. Brockmann fragt nach der Quote, die in die 2. Instanz gehen. Frau Grey nennt 32 Verfahren für 2007, es ist grundsätzlich unter 500 Euro nicht möglich, in die 2. Instanz zu gehen.

zu 9.2 Bericht zum Sachstand Gehörlosenzentrum - Berichterstattung: Herr Dr. Fischer

Die Ausschussvorsitzende macht Ausführungen, warum dieses Thema auf der Tagesordnung steht und bittet die Ausschussmitglieder darum, den Vertretern des Hörgeschädigtenzentrums Frau Leps, Frau Traut und Herrn Hauf in dieser Sitzung ein Rederecht zu gewähren. Die Mitglieder des Ausschusses stimmen zu.

Herr Dr. Fischer korrigiert am Anfang seiner Ausführungen, dass es sich in der Gellertstraße nicht um ein „Gehörlosenzentrum“ sondern um ein „Hörgeschädigtenzentrum“ handelt, was alle Formen der Hörbehinderung, nicht nur Gehörlosigkeit abdeckt. Hier sind 8 Vereine und ein Unternehmen untergebracht, die eine geringe Miete und Betriebskosten zahlen, die nicht kostendeckend sind. Er informiert über den baulichen Zustand in der Gellertstraße und die dafür den dort ansässigen Vereinen angebotenen anderen Standorte, z. B. das ehemalige Rathaus Ammendorf und der „Treff“. Das Gebiet Gellertstraße ist zum Abriss vorgesehen. Zwei Vereine erhalten von der Stadt Fördermittel.

Herr Dr. Fischer bittet Frau Nendel vom ZGM die Mietsituation darzustellen. Frau Nendel informiert, dass 4 Vereine z. Z. Miete zahlen. Die tatsächlichen Kosten stehen allerdings in keinem Verhältnis zu den geringen Miet- und Betriebskosten, die gezahlt werden. Eine Sanierung der Gellertstraße ist zu teuer.

Die Ausschussvorsitzende erteilt an die Vertreter der Vereine das Rederecht.

Herr Hauf stellt sich vor und spricht darüber, dass 1994 das Haus in sehr schlechtem Zustand (z. B. auch Durchfeuchtung und Schimmelbefall) übernommen wurde und von den Vereinen hergerichtet wurde. Die Vereine helfen sich gegenseitig und müssen unter einem Dach untergebracht sein. Er erläutert die Probleme, die ein Umzug mit sich bringen würde, z. B. ist ein großes Archiv vorhanden.

Frau Leps schließt sich den drei Vorrednern an hinsichtlich des baulichen Zustandes, sie erklärt, dass einige der angebotenen Objekte für die Vereine ungeeignet sind. Das Rathaus Ammendorf sei nicht zentrumsnah. Sie spricht ebenfalls die finanziellen Probleme an, die ein Umzug mit sich bringt.

Die Ausschussvorsitzende fasst zusammen, dass alle Vereine unter einem Dach untergebracht werden möchten, die Angebote aus verschiedenen Gründen nicht annehmbar sind, weitere Fördermittel nur mit Auflagen gezahlt werden können und es gibt ein finanzielles Problem beim Umzug.

Herr Dr. Yousif sagt, dass es doch viele leere Schulen gibt, wären diese geeignet? Frau Nendel verneint diese Frage, die meisten Schulen sind wegen des Bauzustandes zum Abriss vorgesehen, ebenso Turnhallen.

Die Ausschussvorsitzende erklärt abschließend, dass hier und heute noch keine Lösung gefunden werden kann. Eine erneute Information über die Situation wird Herrn Dr. Fischer im Januar im Ausschuss geben.

Die Ausschussvorsitzende dankt den Gästen für Ihre Informationen.

Am Ende des öffentlichen Teils der Sitzung stellt Herr Dr. Wilhelms den Vertreter für Frau Dr. Schwarzer (Mutterschutz) Herrn Steffen Heinritz vor.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Kerner
Protokollführerin